

Blog

Dem automobilen Mittelstand steht das Wasser bis zum Hals

27.09.2022

von



Kampermann, Karoline

Schlagworte

Corona
Investitionen
Liquidität
Wettbewerb
Unternehmen
Lieferkette



Blog

Die Lage in der Automobilindustrie ist insbesondere im Bereich der mittelständischen Zuliefererunternehmen kritisch. Nach krisenhaften Jahren, in denen die Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie der Halbleitermangel die Liefer- und Wertschöpfungsnetzwerke bereits stark unter Stress gesetzt haben, spitzt sich die Situation für viele Unternehmen derzeit noch einmal dramatisch zu. Die massiv gestiegenen Energiekosten bedrohen die industriellen mittelständischen Unternehmen der Automobilindustrie in ihrer Existenz.

Laut einer VDA-Umfrage unter Automobilzulieferern und Herstellern von Anhängern, Aufbauten und Bussen ist der exorbitant hohe Strompreis derzeit die größte Herausforderung: 95 Prozent der an der Umfrage teilnehmenden Unternehmen gaben an, dass er sie aktuell stark (Prozent 28) oder sogar sehr stark (67 Prozent) belastet. Die zweite große Herausforderung stellt der Gaspreis dar. Dabei sind die Energiekosten in diesem Jahr für mehr als die Hälfte der Unternehmen um mindestens 50 Prozent gestiegen, für 41 Prozent der Unternehmen haben sich die Energiekosten sogar mindestens verdoppelt. Zwei Drittel rechnen für 2023 mit nochmals deutlich höheren Energiekosten.

Über die Preise hinaus zeichnet sich ein weiteres Problem ab: Unternehmen erhalten derzeit mitunter keinen Anschlussvertrag von ihrem Strom- und/oder Gasversorger. Jedes zehnte Unternehmen gab an, selbst davon betroffen zu sein, weitere 10 Prozent gaben an, dass Lieferanten ihres Unternehmens keinen Anschlussvertrag erhalten.

In Folge der extrem hohen Energiekosten gibt es bereits bei 10 Prozent der Unternehmen Einschränkungen in der Produktion. Und bei knapp einem Drittel (30 Prozent) stehen Produktionseinschränkungen aktuell zur Diskussion. Somit überrascht es nicht, dass der Standort Deutschland in Bezug auf Energiepreise und Energie-Versorgungssicherheit von 85 Prozent der Unternehmen als international nicht wettbewerbsfähig angesehen wird. Das hat auch Auswirkungen auf die Investitionsabsichten: Lediglich 3 Prozent der Unternehmen wollen ihre Investitionen in Deutschland erhöhen. Demgegenüber wollen 22 Prozent Investitionen ins Ausland verlagern. 53 Prozent verschieben oder streichen ihre geplanten Investitionen.

Stattdessen rückt die Sicherstellung der Liquidität in den Fokus: Danach befragt, welche Auswirkungen sie auf die Liquidität des Unternehmens in den kommenden Monaten erwarten, antworteten 10 Prozent der Unternehmen, bereits jetzt unter Liquiditätsproblemen zu leiden. Weitere 32 Prozent gehen von anhaltenden, signifikanten Liquiditätsproblemen in den kommenden Monaten aus. Nur jedes fünfte Unternehmen erwartet keine Auswirkung auf seine Liquidität.

Beitrag der Unternehmen

Die Unternehmen leisten selbst bereits erheblich Beiträge, ihre Kosten durch Energieeinsparungen so weit wie möglich zu reduzieren. Sie arbeiten mit Hochdruck daran, sich auf die

Blog

geänderten Energieversorgungsbedingungen einzustellen. Seit dem Sommer 2022 hat die Automobilindustrie mit vielen Einzelmaßnahmen zur Verringerung des Gasverbrauchs der deutschen Industrie um 20% beigetragen. Eine wichtige Maßnahme ist dabei der sogenannte Fuel Switch, den die Bundesregierung erleichtern will. Dies begrüßen wir. Damit die Maßnahmen ihre gewünschte maximale Wirksamkeit entfalten können, muss jedoch noch nachgesteuert werden. So müssen zügig Fehlanreize mit Blick auf den Referenzzeitraum bei Gaseinsparungen vermieden und frühzeitige Einsparanstrengungen angerechnet werden können. Zudem sind weitere rechtliche Maßnahmen z.B. beim Gewässerschutz notwendig, die nun ebenfalls schnell angegangen werden müssen. Für die Automobilindustrie ist der Fuel Switch insbesondere bei Thermoprozessanlagen (Härterei, Schmiede, Gießerei,...), Lackieranlagen und ihren Abluftreinigungen von Bedeutung, um den Gasverbrauch zu reduzieren.

Ohne schnelle und gleichzeitig zielgenaue Maßnahmen droht ein Reißen der Wertschöpfungsketten

Die Gewährleistung der industriellen Produktion in Deutschland ist wesentlich. Sie steht aktuell in besorgniserregendem Maße auf dem Spiel. Unternehmen, die einmal abgewandert oder gar insolvent sind, gehen dem Industriestandort Deutschland mitsamt ihren Arbeitsplätzen nachhaltig verloren, mit allen Auswirkungen auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es besteht ohne Frage umfassender struktureller Modernisierungs- und Reformbedarf, etwa hinsichtlich des Zustands der Infrastruktur, des Stands der Digitalisierung sowie der strategischen Rahmensetzung bei Themen mit internationalem Bezug (etwa nachhaltige Rohstoffsicherung, Energiepartnerschaften, Abschluss von Freihandelsabkommen). Um einer Erosion des Industriestandorts Deutschlands angesichts der aktuellen Krisen jedoch akut entgegenzuwirken, ist die Politik in erheblichem Maße gefordert, kurzfristig die richtigen Weichen zu stellen.

Die bisher seitens der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen zur Unterstützung der Unternehmen bleiben jedoch bislang unkonkret bzw. gehen nicht weit genug: Die angekündigte Ausweitung des Energiekostendämpfungsprogramms auf kleine und mittlere Unternehmen ist grundsätzlich richtig, muss aber unbedingt auch die nicht-energieintensiven Unternehmen berücksichtigen, wenn ein Abriss von Wertschöpfungsketten verhindert werden soll. Dazu müssen die Förderkriterien des Energiekostendämpfungsprogramms der Bundesregierung erweitert werden, damit auch der industrielle Mittelstand Mehrbelastungen adäquat abfedern kann. Auch Härtefallregelungen können einen Beitrag leisten. Wer nur die energieintensiven Branchen im Blick hat, agiert kurzfristig.

Die Linderung der Symptome reicht in der aktuellen Lage dennoch nicht mehr aus. Es gilt die Ursache zu bekämpfen: Die Energiekosten müssen gesenkt werden, das Thema gehört

Blog

ganz oben auf die politische Agenda. Die hohen Preise sorgen bereits für Produktionseinschränkungen in der Vorkette (Bsp. CO₂ als „Abfallprodukt“ bei verschiedenen chemischen Prozessen), die auch die Lieferketten in der Automobilindustrie bedrohen. Bei den nun notwendigen Maßnahmen ist zudem auch die Geschwindigkeit ein ganz entscheidender Faktor: Die Bundesregierung muss unverzüglich handeln und dafür sorgen, dass die Energiepreise wieder auf ein wettbewerbsfähiges Niveau sinken. Dazu muss auch die Angebotsseite, sprich die Energieerzeugungskapazitäten, dringend so weit wie möglich ausgebaut werden. Längst überfällig ist darüber hinaus die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum sowie eine weitere Überprüfung der betrieblichen Steuer- und Abgabenbelastung auf Energie.